



Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters:

Stromnetz Berlin GmbH
Eichenstr. 3a
12435 Berlin
info@stromnetz-berlin.de
Geschäftsführung: Dr. Erik Landeck und Bernhard Büllmann

Kontakt Daten der Datenschutzbeauftragten:

datenschutzbeauftragter@stromnetz-berlin.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Die Videoüberwachung erfolgt für die Zwecke der Wahrnehmung des Hausrechts und des Schutzes kritischer Infrastrukturen.

Grundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist Art. 6 (1) f) DSGVO und § 20 BlnDSG.

Berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

- Gewährleistung der Versorgungssicherheit
- Sicherheit und Schutz von Beschäftigten, Kund*innen und Gäst*innen des Unternehmens,
- Sicherung des Betriebsgeländes,
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten.

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

Die Aufzeichnungen werden nach 10 Tagen automatisch gelöscht.

Empfänger oder Kategorien von Empfänger der Daten:

Intern: Sicherheitspersonal und Facility Management
Extern: Anlassbedingt an Polizei und Strafverfolgungsbehörden

Hinweise auf die Rechte

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. Zuständige Aufsichtsbehörde: Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit.